

An:
Darmstädter Echo
Berliner Allee 65
64285 Darmstadt

Sehr geehrte Damen und Herren,

27.03.2020

noch bevor der Hessische Landtag diese Woche in der HGO neue Regelungsmöglichkeiten für Ausnahmesituation - wie die oben beschrieben - geschaffen hat, haben wir seitens AfD Darmstadt letzte Woche einen sach- und fristgerechten Antrag zu dem Thema eingebracht.

Dieser wurde aber leider unsachgemäß mit dem Hinweis des Beschlusses des Ältestenrats abgewiesen. Der Ältestenrat ist aber kein Beschlussgremium und kann keine Beschlüsse fassen (er berät und stimmt nicht ab).

Unser detailliert ausgearbeiteter Antrag, einen besonderen Ausschuss = "Stellvertreter-STAVO" aufzusetzen bzw. dies zu prüfen, würde die Anzahl der Mandatsträger noch einmal verkleinern (Geährdung der Mandatsträger), vor allen das jetzige Stadtparlament spiegelbildlicher abbilden und den Haupt- und Finanzausschuss mit dem zukünftig wichtigen Fragestellungen beschäftigen lassen, wozu er bald wegen der anstehenden Finanzprobleme genügend und viel Zeit benötigen dürfte.

Jetzt liegt für die nächste Stadtverordnetenversammlung ein Beschluss vor, der bis nach den Sommerferien, die Parlamentsarbeit "beendet" und einschränkt, obwohl der neue in Kraft getretene § 51a HGO explizit einen besonderen Ausschuss als Möglichkeit zulässt (unser Antrag).

Den oben kurz beschriebenen Sachverhalt haben wir für sie als Presseerklärung aufbereitet. Auch den betreffenden Antrag haben wir als Anhang beigelegt.

Wir freuen uns auf ein Telefonat, natürlich auch mittelfristig wieder auf ein Gespräch, wenn die Lage sich hoffentlich bald bessert.

Viele Grüße und bleiben sie gesund.
Günter Zabel